

Freedom Not Fear

Brüssel – 14. bis 17. September 2012

Zum zweiten Mal in Folge organisiert die Bewegung "Freedom not Fear" ein Protestwochenende in Brüssel. Workshops, Barcamp und kreativer Protest sollen den Aktiven helfen, sich zu vernetzen.



<http://freedomnotfear.org> (Blog für die internationalen Aktivitäten)

<http://freedom-not-fear.eu> (Wikiseiten für das Aktionswochenende in Brüssel)

Was ist Freedom Not Fear?

"Freedom not Fear" ist eine Aktivist/innenbewegung verschiedener NGOs, Bündnisse und engagierter Bürgerinnen und Bürger, die sich in Brüssel trifft, um eine freie und offene Gesellschaft zu verteidigen. Gleichzeitig wehrt sich "Freedom not Fear" gegen Einschränkungen von Grundrechten. Die Organisatoren setzen mit Demonstrationen sowie Workshops und Vorträgen im Rahmen eines Barcamps ein Zeichen gegen die Kultur der Angst.

Die EU-Gesetzgebung greift immer stärker in unseren Alltag ein. Manche EU-Vorschriften, etwa die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung, wirken sich direkt auf Kommunikation und politische Teilhabe am Leben aus. 2011 kamen mehrere Hundert Menschen aus Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Deutschland, Österreich und Großbritannien. Für dieses Jahr haben sich zusätzlich Aktivistinnen und Aktivisten, z.B. aus Spanien, Polen und Ungarn angekündigt. Am Montag wird es Gesprächsrunden mit den Gesetzgebern aus EU-Parlament und Kommission geben, an denen im letzten Jahr mehr als fünfzig Menschen teilgenommen haben.

Ziel der Organisatorinnen und Organisatoren ist es, die europäischen Bürgerbewegungen gegen Überwachung und für Grundrechte zu unterstützen und zu vernetzen. Der gesamteuropäische Protest gegen ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) hat gezeigt, dass die Zivilgesellschaft durchaus Gesetze, die sich gegen Bürgerrechte richten, verhindern kann.

Programm

vom 14. – 17. September 2012

14.9.2012: Ankunft, erstes Zusammentreffen und Kennenlernen

15.9.-16.9.2012.: Barcamp mit Workshops, Vorträgen, Diskussionen und Spaziergängen z.B. zum Thema Videoüberwachung

17.9.2012: Treffen und Gesprächsrunden mit Mitgliedern von EU-Parlament und EU-Kommission (selbstorganisiert, Hilfe dazu gibt's [hier](#))

Ort (Freitag bis Sonntag): Mundo B (www.mundo-b.org)

Mitmachen ist einfach:

- ▶ Verbreite die Info – mach Freedom not Fear noch bekannter.
- ▶ Mach mit – eine Anmeldung ist nicht nötig, der Eintritt ist frei.
- ▶ Bring dich und deine Interessen in einem eigenen Workshop ein und teile dein Wissen und deine Begeisterung mit anderen.
- ▶▶▶ Bei Fragen oder für mehr Informationen: info@freedom-not-fear.eu



Demonstration bei der Freedom not Fear 2011 in Brüssel, 17.9.2011- cc by AK Vorrat

Unsere Forderungen

1. Abbau der Überwachungsmaßnahmen

- Verbot der Vorratsdatenspeicherung.
- Verbot des grundlosen Sammelns biometrischer Daten.
- Verbot von RFID-Pässen.
- Schutz vor Überwachung auf der Arbeit, Einführung effektiver Gesetze zum Schutz der Daten und der Persönlichkeit von Angestellten und Arbeitern.
- Keine übergreifenden, einheitlichen und dauerhaften Studenten-ID-Nummern.
- Kein Transfer persönlicher Daten ohne triftigen Grund; keine europaweite standardisierte Datensammlungen dieser Art. (Stockholm Programm)
- Kein Informationsaustausch mit der USA oder anderen Staaten, solange ein mit unseren Regeln äquivalenter Schutz von Daten gewährleistet und geahndet werden kann.
- Verbot dauerhafter Videoüberwachung und grundsätzliches Untersagen der Einführung von Verhaltenserkennungstechnik.
- Keine anlasslose (Vorrats-)Datenspeicherung von Reisenden – unabhängig vom Verkehrsmittel: Flugzeug, Bahn, Bus oder Boot. (PNR)
- Keine geheime Durchsuchung auf privaten Rechnern oder in privaten Daten, weder online noch offline.
- Keine zentralisierte Speicherung persönlicher Gesundheitsdaten, auch keine Weiterleitung solcher Daten in die USA oder andere Länder.
- Keine systematische Überwachung von Banktransaktionen oder ähnliche Massendatenanalyse.
- Keine automatisierte Erkennung von Kraftfahrzeugkennzeichen und deren Position.

2. Evaluation der schon bestehenden Überwachungsmaßnahmen

Wir verlangen eine unabhängige Untersuchung und Bewertung aller bestehender Überwachungsmaßnahmen bezüglich ihrer Effektivität, Verhältnismäßigkeit, Kosten, negativen Nebeneffekten und alternativer Lösungsansätze.

Insbesondere rufen wir das Europäische Parlament dazu auf, alle bestehenden und geplanten Projekte im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit unverzüglich zu evaluieren und ihre Auswirkungen auf die Grundrechte der europäischen Bevölkerung zu untersuchen.

3. Moratorium neuer Überwachungstechniken

Nach der inneren Aufrüstung der letzten Jahre fordern wir einen sofortigen Stopp neuer Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, wenn diese mit weiteren Grundrechtseingriffen verbunden sind.

4. Bewahrung und Stärkung von Meinungsfreiheit, Kommunikations- und Informationsfreiheit des Internets

- Freies, ungefiltertes und neutrales Internet, durch die rechtliche Verankerung der Netzneutralität in Deutschland und weltweit, ohne Sperrlisten, Filterinfrastrukturen oder Vorkontrollen, sei es von staatlicher Seite oder durch Internetprovider
- Keine Sperrung der Internetanschlüsse von Privatpersonen als Sanktionsmaßnahme („Three Strikes“)
- uneingeschränkte Anerkennung von persönlichen Profilen in sozialen Netzwerken (Web 2.0) als Kernbereich privater Lebensgestaltung
- Festschreibung eines globalen digitalen Grundrechtsschutzes als digitale Menschenrechts-Charta des 21. Jahrhundertssafeguard net neutrality with binding laws
- Die Löschung von Informationsinhalten darf nur nach unabhängiger und gerichtlicher Prüfung vorgenommen werden, Mißbrauch mit Sanktionen belegt werden.
- Die Einführung eines unbegrenzten Rechts auf Multimedia-Inhalte, welches für den öffentlichen Diskurs einer modernen Demokratie unverzichtbar geworden ist.
- Einrichtung von Schutzmechanismen für Internetplattformen zum Schutz der Meinungsfreiheit (z.B. partizipative Webseiten, Foren, Kommentare in Blogs usw.), da die derzeitige Gesetzgebung hierzu unzulänglich ist und vielfach zu ungerechtfertigter Selbstzensur führt.

5. Wertschätzung und Bewahrung der Menschenrechte

Wir ermahnen jede Regierung, jedes Parlament und jedes Gericht um Anerkennung der Menschenrechte als das allerhöchste und entsprechend schützenswerte Gut – diese grundsätzliche Übereinkunft muß alle Handlungen und Urteile zugrundeliegen. Andere Antriebe oder Bedürfnisse dürfen diese nicht überwiegen.